

## **Große Anfrage**

**der Abgeordneten Wolfgang Börnsen (Bönstrup), Gunnar Uldall, Dr. Bernd Protzner, Klaus Brähmig, Peter Götz, Hansjürgen Doss, Albrecht Feibel, Dr. Hans-Peter Friedrich (Hof), Erich G. Fritz, Dr. Jürgen Gehb, Peter Götz, Kurt-Dieter Grill, Ernst Hinsken, Klaus Hofbauer, Ulrich Klinkert, Dr. Martina Krogmann, Dr. Norbert Lammert, Vera Lengsfeld, Dr. Martin Mayer (Siegertsbrunn), Elmar Müller (Kirchheim), Bernd Neumann (Bremen), Friedhelm Ost, Thomas Rachel, Hans-Peter Repnik, Dr. Heinz Riesenhuber, Heinrich-Wilhelm Ronsöhr, Hartmut Schauerte, Karl-Heinz Scherhag, Dietmar Schlee, Max Straubinger, Andrea Voßhoff, Matthias Wissmann, Dagmar Wöhrl, Dietrich Austermann, Otto Bernhardt, Peter Harry Carstensen (Nordstrand), Anke Eymer (Lübeck), Helmut Lamp, Michael von Schmude, Dorothea Störr-Ritter, Angelika Volquartz, Peter Kurt Würzbach und der Fraktion der CDU/CSU**

### **Unternehmer im Netzwerk – für eine Kultur der Selbständigkeit**

Kleine und mittelständische Unternehmen sind das Rückgrat der Wirtschaft, des Arbeitsmarktes sowie von Innovation und Fortschritt. Ihre Anzahl beträgt über 3 Millionen.

Damit dieses existenzielle Fundament der deutschen Wirtschaft in Zukunft seine Funktion erfüllen kann, sind verstärkt Existenzgründungen erforderlich. Seit einiger Zeit nimmt der Überschuss an Unternehmensneugründungen gegenüber den -abmeldungen kontinuierlich ab. So betrug der Überschuss im Jahre 1997 noch 121 071 und im Jahre 1998 immerhin noch 115 163, um dann 1999 auf gerade noch 74 172 regelrecht abzustürzen. Dieser Trend ist für die deutsche Wirtschaft bedrohlich.

Verschärfter Wettbewerb, geringer werdende Margen und die Konzentration am Markt lassen heute viele Existenzgründer und mittelständische Unternehmer über Systemkooperationen und Netzwerkbildung nachdenken. Der Auftritt unter einer einheitlichen Marke, gebündelter Einkauf und zentrale Dienstleistungen erleichtern Unternehmern im Netzwerk die Marktpositionierung und bieten Wettbewerbsvorteile.

Trotz dieser Vorteile ist die Organisationsform des Franchising in Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern entwicklungsfähig. So gab es 1999 in Deutschland 34 000 Mitgliedsunternehmen in Franchisesystemen, in Großbritannien aber, bei einer um 30 Prozent geringeren Bevölkerung, immerhin 30 000. Umgerechnet auf eine fiktive Großstadt mit 1 Million Einwohnern hat diese Durchschnittsmetropole in Deutschland 419 Franchiseunternehmen, in Großbritannien jedoch 526, d. h. über 25 Prozent mehr.

Insgesamt gab es 1999 in Deutschland 720 Franchisesysteme mit 330 000 Mitarbeitern. Der Umsatz der Franchisewirtschaft betrug 38 Mrd. DM.

In den letzten Jahren verzeichneten die deutsche Franchise-Wirtschaft und deren Verbundunternehmen eine positive Entwicklung. Die Anzahl der Franchisesysteme stieg allein 1999 um 14 Prozent, der Umsatz um 9 Prozent.

Franchising als partnerschaftliche Vertriebsform und Systemkooperation bietet Existenzgründern und Unternehmern zahlreiche Vorteile: Dem Existenzgründer wird der Schritt in die Selbständigkeit erleichtert. Er greift auf ein erprobtes Betriebskonzept zurück und hat mit dem Franchise-Geber einen Partner an der Seite, mit dem er arbeitsteilig am Markt auftritt. Marktzutrittsschranken werden gesenkt und die Beschaffung des notwendigen Eigenkapitals erleichtert.

Das Kartellrecht sah in der Vergangenheit in vertikalen Kooperationsformen eine unerwünschte Marktkonzentration und zeigte solchen Netzwerken in der Vergangenheit enge Grenzen auf. Betroffen davon waren bekannte Marken wie „Campari“, „Yves Rocher“ oder das Franchisesystem „Computerland“. Erst durch verschiedene EU-Verordnungen, zuletzt durch die am 1. Juni 2000 in Kraft getretene Gruppenfreistellungsverordnung, wurde diese Kooperationsform erleichtert. Wirtschaftspolitisch erwünscht ist der positive Effekt auf den Wettbewerb durch die Senkung der Marktzutrittsschranken für Existenzgründer. Ein einzelnes System darf aber weiterhin keinen höheren Marktanteil als 30 Prozent erreichen; der Automobilbereich ist ganz ausgenommen.

Die Stellung des Franchisenehmers in diesen Geschäftskonzepten ist sehr vielfältig. Sie reicht von einem weitestgehend frei am Markt operierenden Unternehmer mit eigenen Entscheidungskompetenzen bis hin zu arbeitnehmerähnlich abhängigen Franchisenehmern. Dies birgt Gefahren in sich. Arbeitnehmer können in die Selbständigkeit gedrängt werden, ohne die nötigen kaufmännischen Erfahrungen und das erforderliche unternehmerische Selbstverständnis für eine Kultur der Selbständigkeit zu haben. Notwendige Alters- und Sozialabsicherungen werden vergessen.

Der Trend zum Netzwerk könnte die Entwicklung der Selbständigenquote in Deutschland eines Tages nachhaltig beeinflussen. Dazu bedarf es einer Kultur der Selbständigkeit, die die Selbständigkeit als vollwertige Alternative zum abhängig Beschäftigten versteht und kommuniziert. Der größte Gewinner davon wäre der Arbeitsmarkt, denn ein Existenzgründer schafft im Durchschnitt drei Arbeitsplätze.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Bundesregierung:

### **Kultur der Selbständigkeit**

1. Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung vor, ob das Thema „Unternehmensgründung“ bereits in Lehrplänen von Schulen und/oder Universitäten vorgesehen ist und wie diese Lehrpläne im Einzelnen ausgestattet sind?
2. Ist der Bundesregierung bekannt, ob und wie die Umsetzung des vielfach angekündigten Projekts „Wirtschaft als Schulpflichtfach“ erfolgt ist?
3. Mit welchen Schwerpunkten sollte das Thema Existenzgründung in dieses Fach Eingang finden?
4. Welche Chancen sieht die Bundesregierung, Existenzgründer verstärkt für Firmen zu gewinnen, in denen die Nachfolgefrage nicht geklärt ist?
5. Wie wird die Selbständigkeit als zukunftssträchtige Arbeitsform seitens der Politik in der Öffentlichkeit vermittelt?

6. Warum hat Franchising als wichtige Form der Existenzgründung bislang keinen bzw. nur sehr wenig Eingang in die Publikationen des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie (BMWi) für Existenzgründer gefunden?

### **Existenzgründung im Netzwerk**

7. Wie viele Unternehmensgründungen gibt es jährlich in der Bundesrepublik Deutschland, wie viele Gründungen erfolgen als gestützte Gründung in einem Netzwerk?
8. Welche Vor- und welche Nachteile bietet die Unternehmensgründung in Netzwerken?
9. Durch welche konkreten Aktionen, Veranstaltungen und Maßnahmen werden angehende Existenzgründer gezielt über die Möglichkeiten, die Unternehmensnetzwerke bieten, informiert?
10. Teilt die Bundesregierung die Ansicht, dass die „gestützte Selbständigkeit“ eine im Vergleich zu eigenständigen Existenzgründern sicherere Art ist, sich selbständig zu machen?
11. Welche Bedeutung und Aufgabe kommt in diesem Bereich den Technologie- und Gründerzentren zu?
12. Wie ist die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Technologie- und Gründerzentren (ADT e. V.) als Bundesverband in diesen Themenbereich eingebunden?
13. Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, um die Rahmenbedingungen für Unternehmensgründungen aus Hochschulen zu verbessern?
14. Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, um den gestützten Existenzgründungen den Zugang zu Existenzgründungsprogrammen zu erleichtern?

### **Unternehmen, die sich in Netzwerke begeben**

15. In welchen Branchen hat der mittelständische Unternehmer Chancen, sein Unternehmen ohne Netzwerk erfolgreich am Markt zu platzieren?
16. Wie hat sich die Steigerungsrate der Zahl von Unternehmen, die in Netzwerken zusammengeschlossen sind, in den letzten 20 Jahren entwickelt?
17. Trifft es zu, dass sich immer mehr Unternehmer in Netzwerken zusammenschließen bzw. Kooperationen eingehen, um wettbewerbsfähig zu bleiben?
18. Welche Einsatzmöglichkeiten sieht die Bundesregierung für privatrechtlich geführte Netzwerke im Bereich der Privatisierung kommunaler Dienstleistungen, welche konkreten Beispiele gibt es hierfür bereits?
19. Wie schätzt die Bundesregierung die Rolle des Franchising bei der Unternehmenssicherung und/oder Unternehmensnachfolge ein?

20. Welche Schwierigkeiten ergeben sich für Franchisenehmer in Bezug auf die Abhängigkeit von ihrem Franchisegeber?  
Hält die Bundesregierung hier gesetzliche Regelungen zum Schutz von Franchisenehmern für erforderlich?

### **Daten und Fakten**

21. Wie ist die Branchenverteilung bei den kleinen und mittleren Unternehmen insgesamt und in Netzwerken, getrennt nach Handel, Dienstleistung, Handwerk und Gastgewerbe?
22. Wie viele Arbeitsplätze sind im Bereich der kleinen und mittleren Unternehmen in den letzten 20 Jahren entstanden?
23. Wie viele Unternehmer in Netzwerken gibt es zurzeit in Deutschland, aufgliedert nach Bundesländern?
24. Wie sieht die Branchenverteilung aus?
25. Wie beurteilt die Bundesregierung die wirtschaftlichen Erfolgsaussichten (Umsatz, Gewinn, potentielle Marktanteile etc.) von Existenzgründern, die sich in ein Unternehmernetzwerk begeben, im Vergleich zu eigenständigen Existenzgründern?
26. Wie viele Arbeitsplätze werden durch Unternehmen in Netzwerken – nach Branchen und nach Bundesländern differenziert – geschaffen?
27. Wie hoch ist die Insolvenzquote jeweils bei Unternehmen mit und ohne Netzwerk?
28. Wie ist die volkswirtschaftliche Bedeutung von Unternehmens-Netzwerken einzuschätzen?
29. Welchen Anteil haben technologie- bzw. innovationorientierte Unternehmensgründungen an den Netzwerk-Unternehmen?
30. Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, verstärkt Beteiligungsmöglichkeiten/-gesellschaften zu fördern?

### **Förderprogramme**

31. Warum werden in Deutschland nicht, wie in anderen europäischen Staaten üblich, Förderprogramme aufgelegt, um dem Franchising zu mehr öffentlicher Anerkennung zu verhelfen?
32. Welche Kenntnisse liegen der Bundesregierung über solche Programme in anderen EU-Mitgliedstaaten vor?
33. Welche Programme gibt es, die speziell die gestützte Existenzgründung fördern?
34. Welche Förderprogramme bieten Unterstützung bei der Vorbereitung kleinerer und mittlerer Unternehmen auf den verstärkten internationalen Wettbewerb?
35. Plant die Bundesregierung Maßnahmen, um die Netzwerkbildung und Kooperationen von kleinen und mittleren Unternehmen zu fördern?

**Finanzierung**

36. Ist die Bundesregierung bereit, Vereinfachungen im Bereich der Finanzierung netzwerkgestützter Unternehmer mitzutragen; wenn ja, welche?
37. Wo finden im Netzwerk organisierte Unternehmer Ansprechpartner für die Finanzierung ihrer Unternehmen?
38. Wie wird die Bundesregierung sicherstellen, dass Existenzgründer sowie kleine und mittelständische Unternehmen, trotz des festzustellenden Rückzugs der Geschäftsbanken aus diesem Bereich, ausreichende Möglichkeiten zur Kapitalbeschaffung haben?
39. Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass der Mittelstand und insbesondere Existenzgründer überproportional belastet werden, wenn ab 2003 ein Rating Voraussetzung für die Kreditgewährung der Banken wird?  
Wenn ja, wie will die Bundesregierung hierbei Abhilfe schaffen?
40. Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, kleinen und mittleren Unternehmen beim Aufbau ihrer Unternehmen/Netzwerke schnell und ohne hohen Verwaltungsaufwand finanzielle Mittel zukommen zu lassen?  
Wie soll insbesondere die Eigenkapitalschwäche vieler junger Unternehmen behoben werden?
41. Wie haben sich die Kreditzusagen der Kreditanstalt für Wiederaufbau und der Deutschen Ausgleichsbank für Existenzgründungen in den Jahren 1996 bis 2000 entwickelt?
42. Wird sich nach Einschätzung der Bundesregierung das Finanzierungsverhalten im Hinblick auf Franchising/Unternehmernetzwerke nach dem Erwerb der Deutschen Ausgleichsbank durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau verändern?
43. Welchen Anteil an der Kreditversorgung von Existenzgründern sowie von kleinen und mittelständischen Unternehmen haben die kommunalen Sparkassen in Deutschland?
44. Welche Gründe macht die Bundesregierung für die Bedeutung der kommunalen Sparkassen bei der Kreditversorgung von Existenzgründungen und von kleinen und mittelständischen Unternehmen verantwortlich?
45. Durch welche Maßnahmen will die Bundesregierung im Zusammenhang mit der aktuellen Beihilfenauseinandersetzung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union sicherstellen, dass die kommunalen Sparkassen auch in Zukunft ihre Aufgaben bei der Kreditversorgung von Existenzgründungen und von kleinen und mittelständischen Unternehmen erfolgreich wahrnehmen können?

**Rechtliche Rahmenbedingungen**

46. Wie wirken sich die Belastungen durch Regulierungen und Bürokratie auf die Wettbewerbsfähigkeit aus (Kosten, Anzahl von Genehmigungsanträgen, Dauer von Genehmigungsverfahren, Aufwand in Arbeitsstunden etc. in Deutschland im Vergleich zu anderen EU-Staaten)?
47. Haben Unternehmer in Netzwerken, die auf eine erprobte Geschäftsidee zurückgreifen, bürokratische Erleichterungen?

48. Welche Veränderungen haben sich für die Franchisewirtschaft und deren Verbundunternehmen aus der am 1. Juni 2000 in Kraft getretenen Gruppenfreistellungsverordnung (EG) 2790/99 ergeben?
49. Lassen sich nach dem Inkrafttreten der Verordnung Veränderungen im Verhalten von Existenzgründern und Franchisegebern feststellen; wenn ja, welche?
50. Welche aktuellen Gesetzesvorhaben werden Einfluss auf die Organisationsform des Franchising und in welcher Hinsicht haben?
51. Welche Bedeutung haben das „Gesetz zur Förderung der Selbständigkeit“ und die darin enthaltenen Maßnahmen zur Bekämpfung der Scheinselbständigkeit für die Netzwerkunternehmer?
52. Welche Erfahrungen und Zahlen liegen der Bundesregierung vor, inwieweit sich die Diskussion um die sog. Scheinselbständigkeit auf Neugründungen und die Entwicklung von Unternehmensnetzwerken ausgewirkt hat?
53. Welche konkreten Auswirkungen ergeben sich auf Unternehmen in Netzwerken durch die geplante Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes, welche organisatorischen Maßnahmen werden die Unternehmen durchzuführen haben?
54. Wie unterstützt die Bundesregierung die Entwicklung von Qualitätskriterien von Franchisesystemen, um diesen Wirtschaftsbereich in der Bundesrepublik Deutschland zu forcieren?

Berlin, den 2. April 2001

**Wolfgang Börnsen (Bönstrup)**

**Gunnar Uldall**

**Dr. Bernd Protzner**

**Klaus Brähmig**

**Peter Götz**

**Hansjürgen Doss**

**Albrecht Feibel**

**Dr. Hans-Peter Friedrich (Hof)**

**Erich G. Fritz**

**Dr. Jürgen Gehb**

**Peter Götz**

**Kurt-Dieter Grill**

**Ernst Hinsken**

**Klaus Hofbauer**

**Ulrich Klinkert**

**Dr. Martina Krogmann**

**Dr. Norbert Lammert**

**Vera Lengsfeld**

**Dr. Martin Mayer (Siegertsbrunn)**

**Elmar Müller (Kirchheim)**

**Bernd Neumann (Bremen)**

**Friedhelm Ost**

**Friedrich Merz, Michael Glos und Fraktion**

**Thomas Rachel**

**Hans-Peter Replik**

**Dr. Heinz Riesenhuber**

**Heinrich-Wilhelm Ronsöhr**

**Hartmut Schauerte**

**Karl-Heinz Scherhag**

**Dietmar Schlee**

**Max Straubinger**

**Andrea Voßhoff**

**Matthias Wissmann**

**Dagmar Wöhr**

**Dietrich Austermann**

**Otto Bernhardt**

**Peter Harry Carstensen (Nordstrand)**

**Anke Eymer (Lübeck)**

**Helmut Lamp**

**Michael von Schmude**

**Dorothea Störr-Ritter**

**Angelika Volquartz**

**Peter Kurt Würzbach**



